

## Stellungnahme der Bundesfachschaftentagung Elektrotechnik **Staatliche Ausfinanzierung der Studierendenwerke**

Die jüngsten Beitragserhöhungen in verschiedenen Studierendenwerken, darunter Vorderpfalz<sup>1</sup>, Essen-Duisburg<sup>2</sup>, Dortmund<sup>3</sup>, Osnabrück<sup>4</sup>, Erlangen-Nürnberg<sup>5</sup>, Rostock-Wismar<sup>6</sup> und Darmstadt<sup>7</sup> sind besorgniserregend. Auch in Hamburg droht aktuell eine Erhöhung um bis zu 50%. Das Studierendenwerk in Potsdam hat seinen Beitrag zum Wintersemester 2024/2025 um 65% von 50 € auf 80 € pro Semester erhöht<sup>8</sup>. Die Gründe für diese Erhöhungen sind vielfältig: die Energiekrise, ein höherer Mindestlohn, gestiegene Lebensmittelpreise und die allgemeine Inflation stellen für die Studierenden und die Studierendenwerke ein großes Problem dar.

Das Studierendenwerk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, von Studierenden und Dozierenden, um die soziale Teilhabe zu fördern. Die Grundidee war, dass jede Person studieren kann, unabhängig vom Einkommen. Durch die aktuellen Beitragserhöhungen werden die Mehrkosten jedoch direkt auf die Studierenden umgewälzt. Dies steht im Widerspruch zum ursprünglichen Ziel der Studierendenwerke.

Die finanzielle Belastung für Studierende ist bereits hoch. Die Inflationsausgleichsprämie von 300 Euro ist nicht ausreichend, um die steigenden Lebenshaltungskosten abzufedern. Viele Studierende haben zudem Probleme mit der BAföG-Finanzierung, die nicht mehr den realen Lebenshaltungskosten gerecht wird. Laut aktuellen Statistiken sind bereits 37,9% der Studierenden armutsgefährdet. Bei Studierenden, die in Wohngemeinschaften leben, liegt die Armutsgefährdungsquote sogar bei alarmierenden 76,01%. Die Beitragserhöhungen verschärfen die finanzielle Notlage der Studierenden zusätzlich.

<sup>1</sup><https://stw-vp.de/de/news/der-semesterbeitrag-steigt-auf-125-euro-pro-semester/u/1253/>

<sup>2</sup><https://www.stw-edu.de/detailansicht-news/erhoehung-des-sozialbeitrags>

<sup>3</sup><https://www.stwdo.de/aktuelles/steigende-kosten-fehlende-landeszuschuesse-studierendenwerk-passt-s>

<sup>4</sup><https://www.studentenwerk-osnabrueck.de/de/nachrichten/artikel-details/anhebung-des-studentenwerksbeitrages-kostensteigerungen-solidarisch-auffangen.html>

<sup>5</sup><https://www.nn.de/region/zum-nachsten-semester-studierendenwerk-erlangen-nurnberg-erhoht-beitrag-14222819>

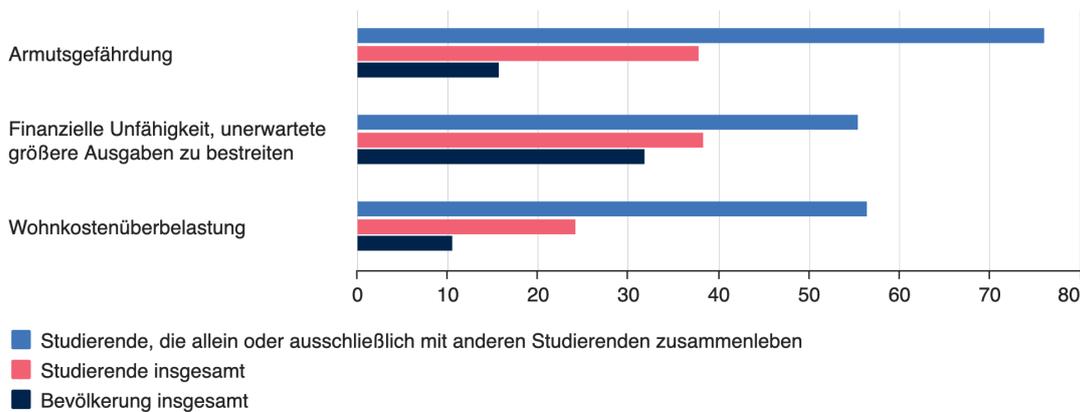
<sup>6</sup><https://www.stw-rw.de/de/studierendenwerk/aktuelles.html>

<sup>7</sup><https://studierendenwerkdarmstadt.de/presse/beitraege/beitragserhoehung/>

<sup>8</sup><https://www.studentenwerk-potsdam.de/wir-ueber-uns/news/news-detailansicht/erhoehung-studentenwerksbeitrag-2024>

## Einkommens- und Wohnsituation von Studierenden 2021

Ausgewählte EU-SILC-Indikatoren, Anteile in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024

## Deshalb fordert die BuFaTa ET:

Staatliche Ausfinanzierung der Studierendenwerke:

Es ist unerlässlich, dass die Studierendenwerke staatlich ausreichend finanziert werden. Die Kosten dürfen nicht auf die Studierenden umgewälzt werden, die ohnehin schon unter finanzieller Belastung leiden. Eine umfassende staatliche Finanzierung würde sicherstellen, dass die Studierendenwerke ihre wichtigen sozialen und infrastrukturellen Aufgaben weiterhin erfüllen können, ohne die Studierenden zusätzlich zu belasten.

Zudem ist es wichtig zu betonen, dass die Finanzierung der Studierendenwerke durch dauerhaft feste Budgets keine nachhaltige Lösung darstellt. Eine gut ausgearbeitete Förderung der Studierendenwerke sollte Mechanismen wie einen effektiven Ausgleich für stetig steigende Kosten beinhalten. Dies stellt sicher, dass die Finanzierung auch langfristig den notwendigen Ausgaben gerecht wird und nicht innerhalb kürzester Zeit wieder unzureichend ist, was letztlich den Studierenden wieder zulasten fällt.

Um die Studierenden nicht weiter zu belasten und die Beiträge nicht zu stark zu erhöhen, kürzen die Studierendenwerke oft ihre Angebote. Dies ist problematisch, da dadurch wichtige Dienstleistungen wie günstige Mahlzeiten in den Mensen, bezahlbarer Wohnraum und Beratungsangebote reduziert oder sogar gestrichen werden. Solche Kürzungen verschlechtern die Lebensqualität und den Studienalltag der Studierenden erheblich, da sie auf diese essentiellen Unterstützungen angewiesen sind. Zudem nimmt die soziale Ungleichheit zu, da Studierende aus finanziell schwächeren Familien besonders betroffen sind und ihre Chancen auf einen erfolgreichen Studienabschluss dadurch sinken.

Die derzeitige Situation zeigt deutlich, dass eine Reform der Finanzierungsstruktur der Studierendenwerke dringend erforderlich ist. Die Studierenden dürfen nicht die Leidtragenden der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen sein. Eine angemessene staatliche Unterstützung ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass das Recht auf Bildung und soziale Teilhabe auch Studierenden gewährleistet wird.

Mit freundlichen Grüßen



Maximilian Möbius  
Generalsekretär der Bundesfachschaftentagung Elektrotechnik

*Nürnberg, den 01. Juni 2024*

[h] [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22\\_N066\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html)